(Zweites Blatt.)

Thorner Zeitung.

Nr. 118 — Freitag, den 23. Mai — 1902

Neue Nachrichten.

Berlin, 21. Mai. Juwelen im Werte von 17 000 M. sind von Einbrechern in der Nacht zum zweiten Feiertage in dem Goldwarengeschäft von Greve in der Friedrichstraße gestohlen worden.

Jauer, 21. Mai. Die Jahresversammlung des Riesengebirgsvereins beschloß Anlegung eines „Jubiläumsweges“ von der Riesenbaude zur Schneekoppe behufs Erschließung des Melzer- und des Riesengrundes, ferner die Anlegung eines doppelten Hörnerschlittenbahnweges von der Prinz Heinrich-Baude bis Krummhübel.

Kiel, 21. Mai. Das Kanonenboot „Panther“, das Flaggschiff der Rheinflottille, trat heute die Fahrt zur Düsseldorfer Ausstellung an. Das Torpedoboot „Sleipner“ folgt am 31. Mai.

Hamburg, 21. Mai. Wegen Verdachts, die Köchin Marie Jaaß am 10. April ermordet zu haben, wurde der Zimmermann Carl Grothe aus Friesack verhaftet.

Hamburg, 21. Mai. Im Heizraum des Dampfers „Münster“ wurden 5 Feuerleute schwer verbrüht. Drei sind ihren Verletzungen erlegen.

Hamburg, 21. Mai. Der von Schichau in Elbing gebaute Schnelldampfer „Kaiser Friedrich“ ist für 8 Millionen M. an die englische Cunard-Linie verkauft worden.

Bremen, 21. Mai. Laut Mitteilung des geretteten Offiziers v. Thülen vom untergegangenen Hansadampfers „Ehrenfels“ sind vermutlich die fehlenden 41 Mann Besatzung verloren.

Mannheim, 21. Mai. Ein Anarchistenkongreß tagte über Pfingsten im „Prinzen Max“ hier. Zur Ueberwachung hatte die Polizei ein so starkes Kommando aufgeboten, daß auf jeden Anarchisten mindestens ein Schutzmann kam. Zwischenfälle irgend welcher Art kamen nicht vor.

Wiesbaden, 21. Mai. Während des Aufenthalts des Kaisers waren die Sicherheitsvorkehrungen besonders verschärft worden, weil aus einer Irrenanstalt das Entweichen eines geisteskranken Gerichtsassessors gemeldet war, der erklärt haben soll, er wolle sich nach Wiesbaden begeben, um eine Tat zu begehen, die alle Welt in Erstaunen setzen würde.

Köln, 21. Mai. Der Rhein ist seit gestern abermals um einen Meter gestiegen. Der Pegel zeigte heute früh 4,93 m (gestern 3,78). Von den Nebenflüssen, mit Ausnahme des Neckar, wird weiteres Steigen gemeldet.

Leipzig, 21. Mai. Unser größter Consumverein (Plagwitz) erzielte im vergangenen Monat einen Warenumsatz von 881 751 Mk. Derselbe Berichtsmonat des Vorjahres ergab 851 663 Mk. Verkaufserlös; das bedeutet ein Mehr von reichlich 30 000 Mk.

Zabern i. Lothr., 21. Mai. Auf der ganzen Bahnstrecke zwischen hier und Straßburg sind ungeheuere Landstrecken, Fabriken, Geschäfte &c. in Folge der Ueberschwemmungen unter Wasser gesetzt.

Paris, 21. Mai. Der deutsche Radfahrer Verheyen stürzte bei Fontainebleau aus dem Automabil und wurde tot vom Platze getragen.

Nizza, 21. Mai. Mehrere hiesige Familien haben ihre Anverwandten bei der Katastrophe in St. Pierre verloren; ein besonders tragischer Fall ist der, daß eine alte Dame zur Hochzeit ihrer Enkelin nach St. Pierre gereist war und nun vereint mit den Ihren umkam.

Budapest, 21. Mai. Infolge andauernden Regens ist der Theisfluß ausgetreten und hat die Umgegend verschiedener Ortschaften überschwemmt. Der an den angebauten Pflanzungen angerichtete Schaden ist sehr groß. Infolge Stauung von Flößen unter einer Theiß-Brücke stürzte ein Teil der Brücke ein. Mehrere Personen ertranken.

Madrid, 21. Mai. Die Presse verdächtigt die Polizei, die Verhaftungen der angeblichen Anarchisten am Krönungstage aus übertriebenem Amtseifer oder aus Belohnungssucht vorgenommen zu haben. Bislang hat die Untersuchung nichts gegen die 8 in die Einzelhaft gebrachten Inhaftierten ergeben.

Rom, 21. Mai. Ueber ganz Mittel-Italien wütete gestern ein Cyklon. Der Bahnverkehr mußte teilweise eingestellt werden. In Gemona waren die Verheerungen besonders stark, 3 Personen kamen ums Leben. In Genua richtete ein Hagelschlag große Verwüstungen an.

New York, 20. Mai. Die Agitation der Frauen gegen die Erhöhung der Fleischpreise hat sich auf Bronx, Brooklyn und Manhattan ausgedehnt. Frauen haben Fleischerläden gestürmt und diejenigen, die Fleisch kaufen wollten, angegriffen. — Die meisten Hotels und Klubs haben ihre Diner-Preise von 4 auf 5 M. erhöht. — Es herrscht Hitze: 27 Grad Celsius im Schatten. Die Sommerfrischen sind stark besucht.

Stimmen der Presse.

—o **Der Stadt Breslau** war es s. Zt. nicht gelungen, für das ihr gehörige Rittergut Riemberg einen Pächter oder Käufer zu finden. Es mußte seit 1. Juli das Gut durch die Stadt bewirtschaftet werden. Der erste Bericht über die Verwaltungsresultate ist jetzt der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung erstattet worden. Der Bericht führt u. a. nach der freis. „Bresl. Ztg.“ aus:

„Die Einnahmen betrugen M. 6996, die Ausgaben M 69,449,43, darunter für den Betrieb allein M. 27,451,83, Inventarkosten M. 25,975,60. Der niedrige Betrag der Einnahmen kann bei dem wirtschaftlichen Zustande, in welchem das Gut übernommen wurde, den allgemein schlechten Ernte-Ergebnissen des vorigen Jahres und der geringen Anzahl des Milchviehes nicht auffallen. Die Ernte an Stroh Heu und Futtermitteln war überaus gering und zur Deckung des eigenen Bedarfs bei weitem nicht zureichend. Gut war nur die Kartoffelernte. Da diese aber überall gut ausgefallen war, sank der Preis unter die Produktionskosten, so daß von dem Verkaufe abgesehen und die Kartoffeln zum teil verfüttert werden mußten. . . . Es wird dann auf die höheren Arbeitslöhne Bezug genommen und weiter gesagt: Daß die Ausgaben für Futtermittel so hoch sind, ist als Folge der Mißernte und der dadurch hervorgerufene starken Steigerung der Futterpreise erklärlich. Bei einem normalen Viehbestande würden diese Ausgaben naturgemäß noch viel größer gewesen sein.“

Die kons. „Kreuzztg.“ druckt den Bericht befriedigt ab und bemerkt dann aus eigenem dazu:

Der städtische Bericht bestätigt nur in vollem Umfange, was seit langer Zeit von agrarischer Seite, meist allerdings unter dem Hohngelächter des ganzen demokratischen Klüngels, über die Lage der heimischen Landwirtschaft festgestellt worden ist. Freilich, wenn „Ostelbier“ über den Rückgang der Landwirtschaft klagten, dann hieß es in freisinnigen Blättern, daß die „noblen Passionen“ der Junker daran Schuld hätten. Und nun müssen selbst „Musterkommunen“, in denen der weise Freisinn regiert, bekennen, daß die Landwirtschaft unter den heutigen Verhältnissen nicht nur nichts bringt, sondern schwere Opfer erfordert. Angesichts des vorstehend mitgeteilten Berichtes macht es einen sonderbaren Eindruck, daß das Stadtoberhaupt von Breslau auf dem sog. Städtetag sich gedrängt fühlte, eine Resolution zu unterstützen, die der heimischen Landwirtschaft den nötigen Zollschutz gegen das Uebermaß der ausländischen Konkurrenz versagen will.

Darauf antwortet die freisinnig-demokr. „Frankf. Ztg.“:

Diese Art der Beweisführung möge sich das Berliner Junker-Organ ruhig patentieren lassen, denn damit kann es alles leisten. Aber aufmerksam gelesen hat die „Krz Ztg“. den Breslauer Bericht nicht, sonst würde sie gefunden haben, daß er sehr schlecht für die Zollstimmungsmache geeignet ist. Einmal ist zu schließen, daß das Gut vollständig heruntergewirtschaftet war, daß es weiter unter der Mißernte litt und drittens für teures Geld Futtermittel kaufen mußte. Wo soll da der Zoll helfen, verehrte „Kreuzztg.“? Gegen die Mißernten gewiß nicht, er könnte also nur die Futtermittel noch mehr verteuern, also den Abschluß des Gutes noch mehr verschlechtern. Da hat Herr Bender auf dem Städtetag also ganz richtig und aus der Erfahrung seines eigenen Gemeinwesens heraus gegen die Zölle gestimmt!

Rechtspflege

† **Gegen das neue Urheberrecht** sollte sich der stud. phil. Woth in Berlin vergangen haben. Er hat im letzten Wintersemester bei Prof. Schmoller ein Privat-Kolleg über praktische Nationalökonomie gehört. In seinem Schlußvortrage berührte Schmoller die Zolltarif-Vorlage. Woth hatte die Ausführungen des Professors seinem Kollegheste einverleibt. Er hatte einige charakteristische Aeußerungen zu einem Zeitungsartikel benutzt, den er in hektographirter Form Zeitungen gegen Honorar zusandte. In diesem Artikel war eine angebliche Aeußerung des Professors Schmoller wiedergegeben: „Ich weiß aus persönlicher Unterredung, daß kein Minister daran denkt, diesen Zolltarif Gesetz werden zu lassen.“ Die konservativen „Hamb. Nachr.“ nagelten gerade diese Stelle besonders fest und forderten Schmoller auf, den Namen der Minister zu nennen. Schmoller erklärte, daß der fragliche Artikel eine ganz unzureichende Wiedergabe eines etwa einstündigen Vortrages darstelle. Eine solche Wiedergabe eines Kolleg-Inhalts sei ein grober Mißbrauch. Schmoller stellte Strafantrag gegen den Studenten. Dieser behauptete, daß es sich bei dem Artikel nur um die Mitteilung des wesentlichen Inhalts eines Vortrages handle. Dies gehe ja schon daraus hervor, daß Schmoller selbst in seinem Schreiben an die „Hamb. Nach.“ gesagt habe, seine Ausführungen seien entstellt wiedergegeben. Dr. Schmoller erklärte: Es liege im Universitätsinteresse, einmal prinzipiell die hier in Frage stehende Angelegenheit zur Entscheidung zu bringen. Seit den 20 Jahren seiner Lehrtätigkeit sei es eine der empfindlichsten Klagen der Universitätslehrer, daß sie nicht gegen den Mißbrauch geschützt seien, daß Hörer der Vorlesungen Aeußerungen, die die Professoren im Rahmen ihrer Vorlesungen lediglich für die Hörer bestimmt haben, durch die Zeitungen an die Oeffentlichkeit bringen. Der Schutz der akademischen Freiheit würde nicht vorhanden sein, wenn ihnen nicht durch das Nachdrucks-Gesetz der hinreichende Schutz würde, daß das, was nur für den Hörsaal bestimmt sei, nicht aus dem letzteren in die Oeffentlichkeit hinausgetragen wird. Die Dozenten hätten gewiß das größte Interesse daran, sich ganz frei vor den Schülern auszudrücken. Was sie der Oeffentlichkeit übergeben wollen, bringen sie selbst in diese hinein und wenn der Angeklagte ihm den Artikel vor der Veröffentlichung vorgelegt hätte, würde er ihn wahrscheinlich korrigirt und etwaige Mißverständnisse ausgemerzt haben. Er stelle den Strafantrag durchaus im Einverständnis mit den Universitätsbehörden. Der Ausspruch „ich weiß aus persönlicher Rücksprache &c.“ habe er in dieser Form nicht getan. Sein Standpunkt zur Zolltarifvorlage sei der, daß er die Sätze des Tarifs für stark übertrieben halte und hoffe, daß sie durch die Handelsvertrags-Verhandlungen ermäßigt werden. Wenn ein entstellter Ausspruch von ihm in die Oeffentlichkeit lanciert werde, in der Erwartung, daß er eine gewisse Sensation erregen werde, so werde er durch ein solches Verfahren kompromittiert. Er habe im Allgemeinen nur ausgeführt: man könne sicher voraussetzen, daß das, was künftig gelten werde, eine wesentliche Modifikation der jetzigen Vorlage darstellen werde. Der Staatsanwalt hielt in subjektiver und objektiver Beziehung den Paragraphen 38 des neuen Nachdruckgesetzes für verletzt. Da der Angeklagte hier nicht aus idealen Gründen gehandelt, sondern gewinnsüchtige Zwecke verfolgt habe. Er beantrage 300 Mk. Geldstrafe und Vernichtung des betr. Teils des Kollegheftes. Der Gerichtshof hielt einen Nachdruck im Sinne des § 38 für vorliegend und verurteilte den Angeklagten mit Rücksicht darauf, daß hier noch ein grober Verstoß gegen die akademische Sitte und Ordnung vorliege, zu 200 M. Geldstrafe.

† **Acht Mädchen und ein Mann.** Mit welchem Erfolge trotz aller Bestrafungen und Warnungen immer noch der Heiratsschwindel be-

Die Deutsche Lehrer-Versammlung

wird alle zwei Jahre zu Pfingsten abgehalten. Diesmal war Chemnitz dafür bestimmt, wie wir schon mitteilten. Die Stadt war festlich geschmückt. Wohl an die 4000 Lehrer und Lehrerinnen nahmen an dem Kongreß teil.

Auf der ersten Hauptversammlung begrüßte der erste Vorsitzende, Lehrer Clausnitzer-Berlin, die Anwesenden, in dem er u. a. darran erinnerte, daß von Sachsen aus 1848 der Gedanke zur Einberufung der ersten deut. Lehrerversammlung ausging.

Der sächsische Kultusminister Dr. v. Seydewitz führte alsdann aus:

„Die sächsische Staatsregierung teilt im allgemeinen Ihre Bestrebungen, die Volksschule zu heben und die wirtschaftliche Lage der Lehrer zu bessern. Wenn die Besserung der wirtschaftlichen Lage der Volksschullehrer auch in Sachsen noch nicht vollständig zur Durchführung gelangt ist, so liegt das nicht an dem geringen Interesse oder an der Verständnislosigkeit für die Aufgaben der Volksschule oder an der Geringschätzung für die Arbeiten der Lehrer. Wir wissen in Sachsen die Bedeutung der Volksschule voll zu schätzen. Wir stimmen Ihnen auch darin bei, daß die Volksbildung sehr wesentlich zur Hebung der Volkssittlichkeit beiträgt. Wir verkennen auch nicht die Bedeutung der Kunst für die Erziehung der Jugend und unterschätzen nicht den Wert der Ausbildung der Mädchen im Haushaltungsunterricht. Die sächsische Regierung hat der Volksschule stets eine ganz besondere Fürsorge angedeihen lassen. Wir sind bemüht, den Lehrern auf den Seminaren die erforderliche Ausbildung zu geben, ich bin aber der Meinung, daß den Volksschullehrern auch das Recht auf Universitätsbesuch nicht vorenthalten werden darf. (Stürmischer Beifall.) Die Einführung des Haushaltungsunterrichts in den Mädchenschulen dürfte wesentlich dazu beitragen, die große soziale Frage, die uns alle aufs Tiefste bewegt, zu lösen. Wir leben in einer trüben Zeit. Ich habe nicht nötig, Ihnen, die Sie inmitten des praktischen Lebens stehen, dies näher auseinanderzusetzen. Die Anforderungen, die das Leben an jeden Einzelnen stellt, sei es Hoch oder Niedrig, werden immer größer. Sie, die Sie berufen sind, die deutsche Jugend zu bilden und zu erziehen, haben es in der Hand, die Zukunft Deutschlands günstig zu gestalten. Wem die Jugend gehört, dem gehört die Zukunft. Ich bin überzeugt, daß die deutschen Lehrer diese ihre heilige Aufgabe stets hoch halten werden... (Stürmischer Beifall.)

Der Vorsitzende antwortete darauf: Er habe sich über die freundlichen Worte des Ministers aufrichtig gefreut und sich dabei der Worte des unvergeßlichen Ministers Bosse erinnert, der einmal sagte: „Wo kann sich ein Unterrichtsminister wohler fühlen, als unter seinen Lehrern?“ (Stürmischer Beifall.) Er (Clausnitzer) habe sich außerordentlich gefreut, daß der Minister die Ideale der Lehrer mit so warmen Worten betont habe. Er könne dem Minister die Versicherung geben, daß er sich die Herzen der Lehrer im Sturm erobert habe. (Beifall.)

Oberbürgermeister Dr. Beck-Chemnitz begrüßte alsdann warm im Namen der städtischen Behörden und der Bürgerschaft und in seiner Eigenschaft als Ehrenvorsitzender des Ortsausschusses die Versammlung. Der Redner dankte ganz besonders dem Minister für seine freundlichen Worte. Die Stadt Chemnitz habe stets der Hebung der Volksschule eine ganz besondere Fürsorge angedeihen lassen. Hier in Chemnitz habe einer der größten deutschen Pädagogen, der verstorbene Schulrat Dr. Dittes, fünf Jahre lang gewirkt. In seiner Eigenschaft als Oberbürgermeister dieser Stadt empfinde er es als einen ganz besonderen Stolz, dies mitteilen zu können. (Stürmischer Beifall.) Er begrüße die Versammlung und gebe sich der Hoffnung hin, daß es den Lehrern hier gut gefallen möge. (Stürmischer Beifall.) — Der Vorsitzende dankte dem Oberbürgermeister für die begrüßenden Worte.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete

„Universität und Volksschullehrer“.

Universitäts-Professor Dr. Rehmke-Greifswald bezeichnete es als notwendig, daß den Lehrern das Recht des Universitätsbesuchs eingeräumt werde. Es werden an die Volksschulen immer höhere Anforderungen gestellt; es müsse daher den Lehrern das Recht eingeräumt werden, ihr Wissen, das sie auf den Seminaren erhalten, zu erweitern. Der die Universität besuchende Lehrer müsse „studiosus philosophiae“ genannt werden. In der Hauptsache müsse der Lehrer pädagogische Vorlesungen hören, er werde aber auch an anderen Wissenschaften nippen, ohne sich dadurch zu berauschen. (Beifall und Heiterkeit.) Es sei schon deshalb notwendig, den Volksschullehrern die weitaus größte wissenschaftliche Ausbildung angedeihen zu lassen, da die Lehrer nicht bloß die Schule halten, sondern sie auch leiten sollen. Um aber eine Schule zu leiten, sei hohe wissenschaftliche Bildung erforderlich. Mit der Forderung, der Lehrer solle die Schule leiten, stoße man vielfach auf Widerspruch bei dem geistlichen Stande. Man müsse diesem klar machen: Es sei durchaus keine Feindschaft gegen die Religion vorhanden, wenn man die Selbständigkeit und Freiheit der Schule fordere. Es gebe für die Lehrer sogen. Privat-Universitäten, die Lehrer-Vereine, von denen die Lehrer glücklicherweise den ausgiebigsten Gebrauch machen. Allein diese Privatbildung könne die geregelte Universitätsbildung in keiner Weise ersetzen. Diese Privatbildung gleiche der Universitätsbildung wie Flaschenbier mit Faßbier. (Stürmischer Beifall und Heiterkeit.) Er halte es für eine Ehre der Universitäten, wenn sie in den Dienst der Volksschule treten. (Stürmischer Beifall.) „Wenn Mohamed nicht zum Berge kommt, dann kommt der Berg zum Mohamed.“ Wenn den Lehrern auf den Seminaren nicht die erforderliche wissenschaftliche Ausbildung zu teil werde, so müssen diese eben die Universitäten besuchen. Jeder Lehrer müsse ein kleiner Pestalozzi werden. Der Redner schloß mit einem Ausspruch Luthers: „Für meine Deutschen bin ich geboren, ihnen will ich dienen“. (Stürmischer Beifall.)

Es wird alsdann beschlossen: 1904 die deutsche Lehrer-Versammlung in Königsberg i. P. abzuhalten.

Nach einer kurzen Pause sprach Lehrer Prezel-Berlin über die **Bedeutung der Volksbildung** für die Volkssittlichkeit. Er wies die Behauptungen zurück, daß die größere Volksbildung zur Sittenlosigkeit beitrage. In Ländern, wie Belgien und Rußland, in denen die Volksbildung auf der niedersten Stufe stehe, vermehren sich die Verbrechen aller Art in ganz ungeheuerlicher Weise. Die Statistik weise überhaupt auch in allen anderen Ländern nach, daß Volksbildung und Volkssittlichkeit stets Hand in Hand gehen. Die Behauptung, daß die Volksbildung die Sittenlosigkeit fördere, sei nicht nur falsch, sondern geradezu eine Perfidie. Die Leute, die solches behaupten, seien eben aus selbstsüchtigen Gründen Feinde der Volksbildung. Allerdings sei es einem Lehrer nicht möglich, die Kinder zu sittlichen Menschen zu erziehen, wenn der Lehrer 80, 100 und oftmals noch weit mehr Kinder zu unterrichten habe und kaum ein Jahr lang mit den Kindern zusammen sei. — Der Redner forderte zum Schluß die Einführung des obligatorischen Fortbildungs-Unterrichts für Knaben und Mädchen.

trieben werden kann, lehrte eine Verhandlung, die in Berlin erfolgte. Aus der Untersuchungshaft wurde der Reisende Podschubski vorgeführt. Die über ihn angelegten Akten vermochte ein Mann kaum zu schleppen. Der 32jährige Angeklagte ist verheiratet, und hat drei Kinder. Er kümmerte sich nicht um seine Familie, sondern lebte in den letzten Jahren allein und ernährte sich vom Heiratsschwindel, wobei er seine Opfer lediglich unter den Dienstmädchen suchte. Er verfuhr stets nach der alten Methode. Hatte er ein Mädchen kennen gelernt, so trat er als reicher Mann auf und war sofort mit dem Eheversprechen bei der Hand; nach drei Wochen sollte die Hochzeit sein. Die Betörten opferten ihm ihre gesamten Ersparnisse. War ein Opfer ausgebeutet, so verschwand der Freier. 9 Mädchen fielen ihm in die Netze. Eines von ihnen konnte krankheitshalber zum Termin nicht erscheinen. 4 haben ihre Eltern in der Provinz aufsuchen müssen; sie leiden an den Folgen des Umganges mit dem Angeklagten. Die übrigen vier traten als Zeuginnen auf und erzählten übereinstimmend ihre Leidensgeschichte. Die Fragen des Vorsitzenden, ob sie denn nie von Heirathsschwindlern gehört oder gelesen hätten, und wie sie sich dem unscheinbaren Mann auf der Anklagebank, der doch gewiß kein Adonis, sei nach so kurzer Bekanntschaft hätten hingeben und ihm ihre Ersparnisse opfern können, wurde übereinstimmend kleinlaut dahin beantwortet: „Der Mann wollte mich ja nach drei Wochen heiraten und war so reich, er wollte ja nur in einer augenblicklichen Verlegenheit sein." Der Angeklagte erklärte frech: er habe sich das Geld von den Mädchen, die ihm sehr entgegengekommen seien, nur geborgt; sobald er dazu in der Lage sei, würde er es zurückzahlen. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren. Der Gerichtshof bezeichnete den Angeklagten als einen höchst gefährlichen Menschen, verkannte aber andererseits nicht, daß ihm leider seine Schwindeleien sehr leicht gemacht worden seien. Das Urteil lautete auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis.

† **Die Gnadengesuche** der im großen Wreschener Schulkrawall-Prozeß Verurteilten, deren Revision vom Reichsgericht verworfen wurde, sind vom Kaiser abgelehnt worden. Die Erledigung des Gnadengesuchs des zu $2^1/_2$ Jahren verurteilten Presecke steht noch aus.

Arbeiter-Bewegung.

†† **Berlin**, 21. Mai. Der 12. Delegiertentag des Gewerkvereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter wurde am zweiten Pfingstfeiertage mit einer imposanten Festlichkeit in den Concordiasälen eröffnet. Die eigentlichen Verhandlungen beginnen am Dienstag mit der Annahme einer Resolution, betr. die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Der Delegiertentag erklärt diejenige Form der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, wie sie bereits seit Jahrzehnten in den deutschen Gewerkvereinen und in derer Nachahmung seit kurzem auch in anderen Berufsorganisationen eingeführt ist, für die beste. Hierauf erstattete der Generalsekretär Manch seinen Tätigkeitsbericht. Danach ist seit 1898 bis Ende 1901 die Zahl der zum Gewerkverein gehörenden Ortsvereine von 551 auf 621, die Zahl der Mitglieder von 33 045 auf 37 404 gestiegen. Augenblicklich hat die Mitgliederzahl 38 000 weit überschritten, ein Erfolg, der um so höher anzuschlagen ist, als er in die Zeit schwersten geschäftlichen Niederganges gefallen ist. Nach einer Begrüßungs-Ansprache des Verbandsanwalds Dr. Hirsch brachte der Hauptkassierer Baldt den Bericht über die Kassenverhältnisse des Gewerkvereins. Dieser schließt mit der Erwägung, daß unter den jetzigen statutarischen Bestimmungen nur weiter gearbeitet werden kann, wenn die gegenwärtige starke Inanspruchnahme der Unterstützungen durch eine günstige Gestaltung des Arbeitsmarktes beseitigt wird. Im anderen Falle wäre eine bedeutende Erhöhung der Beiträge nicht zu umgehen.

Gemeinde-, Schul- und Kirchenwesen.

oo **Protestantische Intoleranz.** Den Beweis einer so krassen Intoleranz, wie man sie sich nur denken kann, lieferte dieser Tage der protestantische Pfarrer Reich in Kreuznach, das rund 8000 Katholiken und 12 000 Protestanten zählt. Der Vorgang, der auch über die Grenzen des Nahegebietes hinaus Interesse bietet, ist nach der „Germ." folgender: Der kath. Gymnasialdirektor a. D. Dr. Pelzer, der sich in Kreuznach aufhielt, wurde behufs einer Operation in das dortige evang. Diakonissenkrankenhaus aufgenommen und starb dort. Am 9. April wurde seine Leiche von der kath. Geistlichkeit aus dem Leichenhause zur Beerdigung abgeholt und dabei nach katholischem Ritus wie jede andere Leiche eines Katholiken eingesegnet. Daraufhin ging nun dem kath. Pfarramt folgender Brief des evag. Pfarrers in Kreuznach Reich zu:

Wir gestatten uns aus Anlaß der Benutzung unserer Leichenkapelle durch Ihre Geistlichkeit zu specifisch römisch-katholischen Zwecken (Anwendung von Weihrauch u. s. w.) sehr ergebenst darauf aufmerksam zu machen, daß solches ohne Erlaubnis der unterzeichneten Leitung geschehen und unstatthaft ist. Wir werden nach wie vor die in unserem Hause verpflegten bezw. verstorbenen römischen Katholiken auch in Bezug auf ihre sterblichen Reste selbstverständlich mit aller Achtung und Gebühr behandeln; auch unsere Leichenkapelle steht zur Aufbahrung derselben zur Verfügung. Das Betreten derselben durch Ihre Geistlichkeit im Ornat bitten wir, besonders nach dem stattgehabten Vorgange, unterlassen zu wollen, wie überhaupt die Ausübung öffentlicher Ceremonien auf dem Anstaltsgebiet, während wir selbstredend gegen eine pastorale Bedienung Ihrer Kranken und stille Erteilung Ihrer Sakramente an dieselben nichts zu erinnern haben.

Hochachtungsvoll
Die Leitung des 2. Rheinischen Diakonissen-Mutterhauses.
gez. Reich, Pfarrer.

Darauf sahen sich die katholischen Pfarrämter Kreuznachs zu folgender Antwort veranlaßt:

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 12. d. Mts. gestatten wir uns an Sie ergebenst das Ersuchen zu richten, das Verbot, „in der Leichenhalle des Diakonissenhauses die Leichen verstorbener Katholiken einzusegnen oder auf Anstaltsgebiet zu diesem Zwecke öffentliche Ceremonien vorzunehmen", zurückzuziehen. Unsere Gründe sind folgende: 1. Die hiesigen kath. Anstalten gewähren anstandslos dem andersgläubigen Religionsdiener die Einsegnung der Leichen auf dem Anstaltsgebiet. 2. Wenn eine Anstalt Kranke anderer Konfession aufnimmt, so übernimmt sie damit auch die moralische Pflicht, ein Begräbnis nach dem Glauben des Verstorbenen zuzulassen. Der kath. Ritus eines Begräbnisses schreibt aber die Einsegnung der Leiche beim Ausgange des Leichenzuges vor. 3. Was dann die Benutzung der Leichenkapelle angeht, so wäre nur dann das hierauf bezügliche Verbot gerechtfertigt, wenn es sich dabei um einen zu speziell evangelischen Gottesdiensten bestimmten Raum handelte. Die sog. Leichenkapelle ist aber wohl nichts anderes, als die gesetzlich vorgeschriebene Leichenhalle, bestimmt zur Aufbahrung aller im Hause Verstorbenen. Da die katholischen Kranken, die Verpflegung in Ihrem Diakonissenstift suchen, wie auch deren Angehörige es als selbstverständlich betrachten, daß im Todesfalle eine kirchliche Beerdigung nach unserem Ritus stattfinden kann, so müßten wir, falls das Verbot bestehen bleibt, unserer Gemeinde davon Kenntnis geben. Wir ersuchen daher ergeberst um baldgefällige Rückäußerung.

Der Pfarrer von St. Nicolaus, gez. Kirsch.
Der Pfarrer vom hl. Kreuz, gez. Echelmeyer.

Auf dies Schreiben der kath. Pfarrer ist bisher eine Antwort noch nicht eingelaufen. — Hm! Priester, Pastoren, Bonzen, Rabbis, Muftis und Popen, sie gleichen wie ein Ei dem andern, wenn sie orthodox-fanatisch sind.

oo **Schule und Leben.** Die zu St. Gallen erscheinende Zeitung „Die Ostschweiz" veröffentlicht folgende Zuschrift eines Lesers:

„Ich fragte dieser Tage verschiedene Schüler und Schülerinnen der Stadt: „Hat man Euch in der Schule auch von den furchtbaren Ereignissen auf den Kleinen Antillen erzählt?". Zu meinem Erstaunen lautete Antwort um Antwort: Nein! Nichts illustrirt aber die teilweise Verkehrtheit unseres heutigen Schulwesens besser, als daß man die Jugend nicht mit Katastrophen vertraut macht, die in Jahrhunderten nur einmal vorkommen und deren Zeitgenosse gewesen zu sein für diese Jugend noch von Interesse sein wird, wenn sie bereits alt geworden ist. Die Schule hat denn doch die Jugend auch mit ausnahmsweisen Ereignissen des Tages in Beziehung zu bringen und nicht blos mit dem toten Lehrplan, der coûte qui coûte durchgepeitscht werden muß, auch wenn die halbe Welt in Stücke fährt!"

Sehr richtig. Das gilt auch für die Schulen, hohe und niedere, im Deutschen Reich. Ob man wohl in Thorn darauf hingewiesen hat?

Vermischtes.

—* **Windhose.** Zu den Abnormitäten des diesjährigen Frühlingswetters gehört auch das Auftreten einer Windhose, die am Sonnabend an verschiedenen Orten des Havellandes, namentlich aber in Potsdam, vielen Schaden anrichtete. Sie ging einem heftigen, aber nur kurzem Gewitter voraus, das sich mehrfach durch starke Blitzschläge geltend machte und u. a. die Frau eines Kutschers erschlug, während deren kleines Kind nur betäubt wurde. Ueberall auf den Dörfern, über die die Windhose hinwegging, wurden Dächer abgedeckt, Bäume entwurzelt 2c. Im Park von Sanssouci knickte der Sturm verschiedene Bäume. In den Straßen Potsdam sah es, nachdem die Windhose vorüber war, wie nach einem Steinregen aus. Namentlich viele Schieferdächer hatte der Sturm beschädigt. Auf der Havel am Templiner See wirbelte das Wasser wie eine Säule auf, als die Windhose darüber hinwegging.

—* **Im Tode vereint.** Der im Jahre 1841 geborene Buchhalter Bolte in Lübeck lag am ersten Pfingstmorgen, der Ruhe pflegend, auf dem Sopha. Er glitt plötzlich, vom Schlage gerührt, herab auf den Fußboden. Die 70jährige Schwester stand vor einer Leiche. Wahrscheinlich bekam sie ob des Anblicks einen solchen Schreck, daß ein Herzschlag auch ihrem Leben ein Ende machte.

—* **Pfingsten im Harz.** Der Pfingstverkehr im Harz war sehr schwach. Die Ausflugsorte haben kaum ein anderes Bild, als an einem gewöhnlichen Sonntage; die großen Touristenscharen aus den benachbarten Städten fehlten in diesem Jahre gänzlich. Man sah keine mit Ausflüglern und mit Maien geschmückten Omnibusse wie sonst; auch die Radfahrer waren nur spärlich vertreten. Die Harz-Quer- und Brockenbahn war verhältnismäßig gut besetzt. Auf dem Brocken ging es lebhaft zu, wenn der Verkehr auch nicht annähernd so stark war wie an Pfingsttagen mit schönem Wetter.

—* **Eine merkwürdige Manie.** In München wurden in letzter Zeit die Schaufenster größerer Geschäfte durch Bekritzeln mit einem Brillantring stark beschädigt. Trotz der eifrigsten Wachsamkeit der Schutzleute gelang es nicht, den Täter ausfindig zu machen. Vor einigen Tagen früh 3 Uhr bemerkte ein im Torbogen eines Hauses stehender Schutzmann, wie ein Mann sich an Auslagefenstern zu schaffen machte. Es gelang dem Schutzmann, den Mann auf frischer Tat zu ertappen, worauf dessen Festnahme erfolgte. Nachdem sich der Verhaftete auf der Polizei als Leutnant einer auswärtigen bayerischen Garnison legitimirt hatte, wurde er wieder entlassen. Er gab an, an der Manie zu leiden, große Auslagefenster durch Bekritzeln mit einem Brillantringe zu ruiniren.

—* **Am Spieltisch von Ostende** herrscht nach wie vor reges Leben, als existirte gar kein Spielgesetz. Und doch ist bekanntlich in Belgien vor kurzem ein Gesetzentwurf angenommen worden, der das Spielverbot dekretiert hat, so daß es fast schien, als könnten die Freunde des Spiels nicht mehr ihrem Vergnügen in den belgischen Bädern nachgehen. Indessen, es wird doch nicht so heiß gegessen, wie gekocht wird. Es ist noch nicht bekannt, wann das Gesetz überhaupt in Kraft treten soll. Daher können gegenwärtig die Freunde des „Jeu" wie bisher in Ostende genossen werden.

—* **Ueber den Wert der Schönheit** liegt nunmehr eine richterliche Entscheidung vor. Das Wiener Oberlandesgericht hatte kürzlich darüber zu entscheiden, inwieweit die Schönheit eines Mädchengesichts einen materiellen Wert repräsentire. Fräulein Anna R. war an einem stürmischen Tage durch die Mariahilfstraße gegangen. Da passirte ihr das Malheur, daß ein Auslagefenster, das der Sturm aus der Angeln riß, ihr ins Gesicht fiel. Sie erlitt Verletzungen solcher Art, daß ihre Oberlippe durch eine Narbe dauernd entstellt bleibt. Von der Firma verlangte Fräulein Anna Schadenersatz. Er wurde ihr auch in der Höhe von 400 Kronen gerichtsordnungsmäßig zugesprochen. Im Urteil wird die beklagte Firma verpflichtet, für die „erschwerte Versorgung" des Mädchens den Betrag zu erlegen. — 400 Kronen sind nicht viel. Aber interessant ist es immerhin, daß der Gerichtshof einem Abstraktum, wie es Schönheit oder Anmut eines Antlitzes ist, einen realen Besitzwert zuerkennt. Aesthetiker werden zwar behaupten, daß ein ziffernmäßiger Ersatz für verlorene Schönheit überhaupt nicht geboten werden kann, Praktiker des Lebens aber müssen zugeben, daß der Besitz von 400 Kronen die „Versorgung" der Besitzerin oft mehr erleichtert, als der Besitz einer noch so unentstellten Oberlippe.

Handelsnachrichten.

Konkurse.

Brandenburg: Lutter, Auguste.
Bremerhaven: Heider, Alb. O., Kfm. i. F. Otto Heider.
Crimmitschau: Schuhmann, Eug. Otto, Kfm.
Trachau: Gärtner, Carl Herm. Ad., Kfm.
Eitorf: Dick, El., Schuhw.-Hdlrn.
Affalterthal: Meyer, Joh. Konr., Schreinermeister, und Meier, Bab., Hdlsfr.
Gräfenthal: Schönheit, Ernst, Kfm.
Grünstadt: Bargehr, Jos., Gipsermstr.
Lingenthal: Hecker, Phil., Landw.
„ Hecker, Peter, Landw.
Hüningen: Mutter, Ferd., Fuhrh.
Heppens: Rebien, Joh. H. Fr., Baumstr.
Kusel: Moltor, Fr., Holzhdlr.
Leipzig: Schubert, Chr. Luise, Gastw.-Wwe. †
Golembitz: Schulz, Anton, Hdlsm.
Lübeck: Schweer, Wilh., Ing.
Schinkel: Wilker, Gerh., Zimmermstr.
Plauen: Günther, Otto, Bierhdlr.
Ruhrort: Getz, Gertr., Kfm.-Wwe.
Templin: Noelte, Wilh., Rentier
Tuttlingen: Jönsson, Hedw., Mod.
Ueberlingen: Beckert, Karl, Kfm.
Züllichau: Viol, Fr., Korbw.-Fbkt.

Amtliche Notirungen der Danziger Börse.

Danzig, den 21. Mai 1902.

Für Getreide, Hülsenfrüchte und Oelsaaten werden außer dem notirten Preise 2 M. per Tonne sogenannte Factorei-, Provisionsusancemäßig vom Käufer an den Verkäufer vergütet.

Roggen per Tonne von 1000 Kilogramm
Normalgewicht
inländ. grobkörnig 723 Gr. 150 Mk.
Gerste per Tonne von 1000 Kilog.
inländisch große 656—668 Gr. 125—126 Mk.
Hafer per Tonne von 1000 Kilogr.
inländischer 155 - 163 Mk.
Kleie per 50 Kilogr. Weizen- 4,45—5,00 Mk.
Roggen $4{,}77^1/_2$—5,10 Mk.

Der Börsen-Vorstand.

Amtl. Bericht der Bromberger Handelskammer.

Bromberg, 21. Mai 1902.

Weizen 176—182 Mk., abfallende blauspitzige Qualität unter Notiz, alter Winterweizen ohne Handel.
Roggen, gesunde Qualität 148—153 Mk.
Gerste nach Qualität 120—125 Mk.
gute Brauwaare 126—130 Mk.
Futtererbsen 142—155 Mk.
Kocherbsen nom. 180—185 Mark.
Hafer 140—147 Mk., feinster über Notiz.

Der Vorstand der Productenbörse.

Lustige Ecke.

Die ewigen Orakel. In der Geschichtsschulaufgabe der dritten Klasse stellt der Geschichtslehrer folgende Frage: „Was sind Orakel?" Ein Schüler beantwortet die Frage: „Orakel sind Weissagungen von Jungfrauen, von denen Dämpfe aufstiegen, die dann von Priestern ausgebeutet wurden." (Simpl.)

In Karlsbad. Herr Goldschmidt in sehr weiten Kleidern; Herr Kommerzienrath Silberfuchs, auch sehr dünn geworden. „Wie geht's Ihnen, Herr Goldschmidt? Sie sind nicht wohl?" — „Nein; der Arzt schickt mich hierher; ich habe Lebertrocknung. Und woran leiden Sie, Herr Kommerzienrat?" — „An der Trebertrocknung. Wenns nur auch ein Bad dafür gäbe." („Simpl.")

Druck und Verlag der Ratsbuchdruckerei Ernst Lambeck, für die Redaktion verantwortlich: Curt Losch; beide in Thorn.